

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Vertriebsort: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise:

vom 1. bis 15. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Sätze 1,50 Goldmark.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg. für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg. die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Überlieferungsgebühr 10 Pfg. Süsser. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neipich & Reichardt in Dresden.
Pollichsch-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schreiftüde werden nicht aufbewahrt.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) - Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)
Kunstspiel-Flügel und Pianos

in höchster Vollendung,
sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüßlicher Solidität

Französisch-belgische Ministerkonferenz.

Demokratischer Vorschlag einer überparteilichen Präsidentenkandidatur an alle Parteien.
Kommunistische Ausfälle gegen Ebert im Reichstag. - Bevorstehende Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums im Eisenbahnerstreik.

Die französisch-belgische Solidarität.

Paris, 9. März. Der belgische Außenminister G. M. S. ist heute vormittag auf seiner Durchreise nach Genf zu einem kurzen Aufenthalt in Paris angekommen. Er hat sich heute nachmittag um 4 Uhr nach dem Quai d'Orsay begeben, wo er von dem Ministerpräsidenten Derriot empfangen wurde und zwei Stunden mit ihm verhandelte. Ein hierüber ausgegebenes Kommuniqué besagt nichts als die üblichen Redensarten.

G. M. S. erklärte nach Beendigung der Unterredung dem Pariser Vertreter der belgischen Tel.-Agentur, die Frage der Sicherheit habe den Hauptgegenstand seiner Verhandlungen mit Derriot gebildet. Er habe es nicht als nötig erachtet, hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands und des Berichtes der J. M. R. neue Erklärungen abzugeben. Auch sei seine Ansicht über das Genfer Protokoll bekannt. Belgien und Frankreich seien die beiden ersten Staaten gewesen, die es unterzeichnet hätten. Er glaube, daß es nur möglich sei, die Sicherheit Frankreichs und Belgiens in enger Zusammenarbeit mit England sicherzustellen. Jedoch müsse man eine Aesmet finden, die die berechtigten Wünsche der kontinentalen Völker und die Empfindlichkeit Großbritanniens und seiner Dominions beruhe. Man habe auch von der Beteiligung Deutschlands an einem Sicherheitsabkommen gesprochen. Auch hier weicht die belgische Meinung von der Frankreichs nicht ab. (W. T. V.)

Das französische Programm in Genf.

Paris, 9. März. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf meldet, heute sei es möglich, die allgemeine These, die die französische Regierung vor dem Völkerbundrat verteidigen werde, zusammenfassend wiederzugeben. Was das Genfer Protokoll betrifft, so werde Frankreich in Beantwortung der Mitteilung Chamberlains erklären, daß es an diesem Protokoll festhalte. Die französische Regierung bleibe den Prinzipien treu, die bei der Abfassung dieses Dokumentes geltend gewesen seien, d. h. dem Gedanken eines Schiedsgerichtsverfahrens, der Sicherheit und der Entwaffnung. Die französische Regierung sei ferner der Ansicht, daß a priori kein Abschluß eines begrenzten Sicherheitspaktes, der dem Völkerbund unterbreitet werden könne, anzunehmen sei, da sie dies als einen Anlaß zu den im Protokoll vorgesehene Maßnahmen betrachte.

Wichtiglich der
Militärkontrolle des Völkerbundes in der entmilitarisierten Zone

wird die französische Regierung darauf bestehen, daß die Kontrolle sich den besonderen politischen Bedingungen dieser Gegenden anpasse, d. h. daß sie in eine lebendige Form gefasst wird und daß zweifelsfrei die Begründung und die Art einer Verletzung präzisiert werden, die automatisch eine Intervention des Völkerbundes auslösen könne.

In der Danziger Angelegenheit könne Polen auf die aktive Sympathie Frankreichs rechnen. Schließlich wird Frankreich hinsichtlich der Note der deutschen Regierung über den Eintritt in den Völkerbund zu verziehen geben, daß es wünsche, daß Deutschland baldigst den Kreis der Nationen anschöre, die im Völkerbund vertreten sind. Mit Großbritannien sei es der Ansicht, daß dadurch der Kredit und die Autorität des Völkerbundes erhöht werden würden und daß der Eintritt Deutschlands zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beitragen könne. Aber die französische Regierung sei der Ansicht, daß die Zulassung Deutschlands erfolgen müsse ohne Bedingungen und ohne Privilegien. (W. T. V.)

Die Pflichten des Völkerbundes gegenüber Deutschland.

Genf, 9. März. Unter Hinweis auf die Erklärungen Chamberlains, daß England einen Fünfer-Pakt nur unter der Voraussetzung eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund unterzeichnen wolle, führt das alles andere deutschfreundliche „Journal de Genève“ aus, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch gewisse Hindernisse gehemmt werde, die allein der Völkerbund beseitigen könne. Das Blatt wirft die Frage auf, warum Deutschland nicht das Recht haben sollte, zu wissen, was Artikel 19 des Völkerbundes-Paktes (die Möglichkeit zur Revision der Verträge) bedeutet in einem Augenblick, wo es zu verpflichten bereit sei, seine Grenzen nicht durch Gewalt zu ändern. Warum sollte es da ferner in der Danziger und in der Saarfrage vor dem Völkerbund nicht den Beweis halten, daß der Rat Deutschland gegenüber vom guten Willen und dem Geist der Gerechtigkeit befeelt ist? Wenn es in Europa keinen Frieden ohne die Sicherheit Frankreichs und ohne die materielle Abklärung gebe, so werde doch andererseits Deutschland nicht in den Völkerbund eintreten, wenn dieser nicht greifbare Beweise einer gerechten Haltung gebe. (W. T. V.)

Die Zündschnur an der Vormachtstellung Frankreichs.

Das in verbindlichen Worten gehaltene Kommuniqué über den Besuch Chamberlains bei Derriot kann über die ersten Meinungsverschiedenheiten nicht hinwegtäuschen, die zwischen den beiden Staatsmännern hinsichtlich der Verwirklichung des Sicherheitspaktes bestehen. Auf den ersten Blick freilich scheint es, als ob sich London und Paris im Ziel: Sicherung der französischen Ostgrenze, völlig einig seien, aber der Umstand, daß man es bisher peinlich vermieden hat, den Verlauf dieser Grenze einmal einwandfrei festzulegen, ist bezeichnend genug. „Selbstverständlich“ wird bei allen Verhandlungen hinsichtlich der politischen Grenzen, so doch keine tatsächliche Nachspäre bis zum Rhein und noch darüber hinaus ausdehnen will, so ist ein grundsätzlicher und zunächst kaum überblickbarer Gegenstand gegeben. Die französische Theorie hat zur Ruhrbesetzung, die englische zum Dawes-Plan geführt; die Meinungen zwischen diesen beiden gegensätzlichen Aktionen sind jedoch unerträglich geworden, und die letzten Wochen standen deshalb unter dem Zeichen des Kompromissfeindens. Jede Partei glaubt schließlich eine Lösung gefunden zu haben: England, Frankreichs Bedürfnis nach Sicherheit Rechnung tragend, schlägt einen Fünferpakt zwischen England, Frankreich, Belgien, Italien und einem gleichberechtigten Deutschland vor, wodurch allerdings Frankreichs Rheinlandpläne zum Tode verurteilt wären; Derriot dagegen, an der Eigenart Deutschlands als Partner mindern Rechts festhaltend, kommt England insofern entgegen, als er den Fünferpakt nicht grundsätzlich ablehnt, er soll aber in seiner für Frankreich entscheidenden Wirkung durch einen vorausgehenden Dreierpakt, Frankreich, Belgien, England, abgestumpft werden. Die politischen Zusammenhänge sind allzu durchsichtig, als daß nicht jeder der beiden Kontrahenten um die hinterhältigen Gedanken des anderen wüßte, und so hat man, wie bisher immer, zu dem bequemsten Mittel der Vertagung gegriffen, indem man den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als Voraussetzung für die endgültige Lösung der Sicherheitsfrage bezeichnet. Das Problem ist freilich dadurch noch viel verwickelter geworden. Während Chamberlain hofft, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes ein geeigneteres Werkzeug zur Durchführung der englischen Pläne, die zweifellos auf eine Beschränkung der französischen Vormachtstellung abzielen, darstellen wird, glaubt Frankreich, Deutschland durch seinen Eintritt noch einmal auf den bisherigen europäischen status quo festlegen zu können und damit das Aufrollen der Ostfragen zu verhindern. Deutschland soll also abermals Objekt der europäischen Politik werden, obwohl die zur Entscheidung stehenden Fragen seinen Lebensnerv treffen.

Eine überparteiliche Kandidatur Simons?

Ueberraschender Vorschlag der Demokraten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 9. März. Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgendes Schreiben an die deutsche Zentrumspartei, an die Deutschnationale Volkspartei, an die Deutsche Volkspartei, an die Bauernische Volkspartei, an die Sozialdemokratische Partei und an den Staatsminister a. D. v. Voßell (Berlin), als dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichsparteien, gerichtet:

Die Vorarbeiten zur Reichspräsidentenwahl lassen erkennen, daß die Gefahr einer erneuten Aufreizung der alten verhängnisvollen Massenengegenseite täglich wächst. Eine Wahlbewegung, in der eine größere Zahl von Kandidaten und Parteien auftreten, würde die Gegenseite verschärfen, die großen Linien der politischen Entscheidungen verwischen und zu einem Zufallsergebnis führen, das dem gewählten Präsidenten nicht das erforderliche Ansehen im In- und Auslande gibt. Die Vermeidung dieser Gefahr ist eine nationale Pflicht. Die Deutsche Demokratische Partei hat den Wunsch, daß unter den gegenwärtigen inner- und außenpolitischen Krisen bei der Wahl des Reichspräsidenten sich eine möglichst große Mehrheit des deutschen Volkes auf eine Persönlichkeit vereinigt, die, fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung lebend, über den Rahmen der politischen Parteien hinaus allgemeines Ansehen und Vertrauen in das hohe Amt mitbringt.

Als eine solche Persönlichkeit betrachten wir den Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn Dr. Simons.



Reichsgerichtspräsident Dr. Walter Simons, der stellvertretende Reichspräsident.

Wir sind zu gemeinsamen Beratungen auch über einen anderen, den erwähnten Voraussetzungen entsprechenden Vorschlag bereit.

Wie das W. T. V. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist eine Blättermeldung, daß der unter Vorsitz des Staatsministers v. Voßell tagende Ausschuss für die Präsidentenwahl einstimmig beschlossen habe, die Entscheidung über die Person des Kandidaten in die Hand des Generals v. Seeckt zu legen, unzutreffend.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Reichsregierung den kürzlich erfolgten Vorstoß in der Sicherheitsfrage unternehmen, der in seiner Tragweite durchaus das Wort von der aktiven Außenpolitik rechtfertigt. Zum ersten Male seit der Revolution hat Deutschland wieder ein Kabinett, das ein klar umrissenes außenpolitisches Programm aufgestellt hat und wissens ist, es zu verwirklichen. Das gilt festgehalten zu werden, auch wenn im einzelnen die Kritik nicht ausgeblieben ist. Wenn ein Land wie Deutschland im Osten und Westen von Gefahren bedroht wird, die seine Existenz in Frage stellen, so gibt es drei Möglichkeiten, sich zu wehren: 1. Gleichartig gegen Osten und Westen vorzustehen, wie wir es im Kriege schließlich tun mußten und dabei unterliegen, 2. Hilfe zu holen und zu warten, ob nicht von außen her Ereignisse eintreten, die die Gefahren ohne unser Zutun abwenden; das war der Grundgedanke der Erfüllungskabinette und hatte das Elend der letzten sechs Jahre zur Folge, und schließlich 3. alle Kräfte auf die schwächere Front zu werfen, um durch einen Teiligen den Rücken freizubekommen und dann um so entschiedener einen Frontwechsel vornehmen zu können. Die erste Lösung zu versuchen, konnte sich ein Volk auf der Höhe seiner militärischen Macht erlauben, wobei es sich bewußt bleiben mußte, va banque zu spielen; die zweite „Lösung“ war im Grunde genommen gar keine, sondern der Ausfluß tiefer seelischer und materieller Ohnmacht, die die Folge unseres nationalen Selbstmordes war; die dritte Lösung aber, die allein den Erfolg sicher verbürgt ist die Lösung der leidenschaftslosen Einschätzung eigener Kraft. Sie bezeugt den unbegreiflichen Willen, über Teilerfolge, als gar keine zu erzielen, lieber den Er-